

## Frauen in der Politik: Ein Teufelskreis des Ausschlusses

Bei den Gemeinderatswahlen vom 7. November 1999 kandidierten 50 Frauen (fünf Mal mehr als 1985), doch nur drei wurden gewählt (eine weniger als vor 15 Jahren). Obwohl die Parteien sich geöffnet haben bezüglich der Aufstellung von Frauen als Kandidatinnen, genügt das offensichtlich nicht, denn bloss 3% aller KandidatInnen für Bürgermeisterämter waren Frauen. Verschiedene Aktivistinnen und Analytikerinnen stimmen überein, dass die WählerInnen nach wie vor eine grosse Ablehnung gegenüber Frauen haben. Der Ausschluss der Frauen aus der Politik geht weit über ideologische, ethnische und geographische Grenzen hinaus. Während auf gesetzlicher Ebene versucht wird, mit Quoten den Anteil an Frauen in politischen Ämtern zu erhöhen, braucht es gleichzeitig eine umfassende Bewusstseinsarbeit, um die kulturellen Muster zu verändern. Der folgende Artikel basiert auf einer Studie von Cecilia Mérida und ist am 11. August in *Inforpress Centroamericana* erschienen.

### Drei BürgermeisterInnen in 330 Gemeinden

Die vergangenen Wahlen haben einmal mehr den Ausschluss der Frauen aus politischen Belangen bewiesen. Obwohl 1999 mehr Frauen für politische Ämter (speziell auf Gemeindeebene) kandidiert haben als in den Vorjahren, hat in weniger als 1% aller Gemeinden eine Frau gewonnen. Die Beteiligung der Frauen hat zwar zahlenmässig zugenommen, ist prozentual gesehen aber nach wie vor gering. (siehe Grafik 1)

Das Problem der geringen Vertretung der Frauen ist auch im Kongress spürbar, wo 1999 nur drei Frauen auf insgesamt 113 Kandidaturen gewählt wurden. Mit wenigen Ausnahmen ist der Ausschluss der Frauen in allen Parteien gleich. Auf der nationalen Liste waren von 177 KandidatInnen bloss 28 Frauen. Während die Koalition DIA-URNG keine Frauen auf die nationale Liste setzte, waren es bei der *Bewegung zur nationalen Befreiung* (MLN) fünf. Bei der *Demokratischen Front Neues Guatemala* (FDNG) und der *Demokratischen Allianz* (AD) waren immerhin die Hälfte der KandidatInnen Frauen. (siehe Grafik 2)

Cecilia Mérida hat für ihre Habilitationsschrift in Anthropologie an der Universität San Carlos (USAC) 25 Frauen interviewt, die als Bürgermeisterinnen kandidierten. Mérida kommt zum Schluss, dass das grösste Hindernis für die politische Beteiligung der Frauen weder die Gesetze noch die Parteien sind. Was die Beteiligung der Frauen in erster Linie behindert, sind die kulturellen Muster und die Vorurteile der WählerInnen gegenüber Frauen.

Diese soziale Realität beeinflusst immer mehr die Chancen der Frauen, in ein politisches Amt gewählt zu werden, erklärt Mérida. Die Statistik belegt ihre These: 1985 haben zehn Frauen für ein Bürgermeisteramt kandidiert, vier davon wurden gewählt. 1999 waren es 50 Kandidatinnen, drei wurden gewählt.

Aufgrund dieser Tatsache überlegen es sich die Parteien zweimal, bevor sie eine Frau als Kandidatin aufstellen. Cecilia

Mérida schliesst aus ihrer Untersuchung, dass die Parteien das Aufstellen der KandidatInnen für Gemeindeämter oft den lokalen Komitees überlassen. Die Auswahl der KandidatInnen spiegelt die Werte wider, die innerhalb einer Gemeinde herrschen und oft ist man auf Gemeindeebene nicht bereit, kulturelle Muster auf Kosten der politischen Macht zu durchbrechen. Der Ausschluss der Frauen ist in indigenen Gemeinden noch viel offensichtlicher. Laut Mérida wurden in den letzten fünfzehn Jahren nur vier Indígena-Frauen als Kandidatinnen aufgestellt, keine davon gewann die Wahl.

Doch Mérida ist trotz allem zuversichtlich: „Ich glaube, es verändert sich etwas. Die politische Beteiligung der Frauen nimmt zu. Es wird immer ‘normaler’, Frauen in politischen Ämtern zu sehen. Helen Mack und Rigoberta Menchú haben diesen Prozess beschleunigt.“

Nominierte Frauen für Bürgermeisterämter und Wahlergebnisse 1985-1999				
Jahr	Kandidatinnen	Gewählt	Gemeinde	%
1985	10	4	330	1.2
1988	13	0	272	0.0
1990	5	2	300	0.7
1993	23	3	276	1.1
1995	34	3	300	1.0
1998	3	0	30	0.0
1999	50	3	330	0.9
Total	138	15	1'838	0.8

Grafik 1

Den Frauen fehlen weibliche politische Vorbilder, bedauert Mérida; von den interviewten Frauen hatte keine eine Politikerin als Bezugsperson. „Es müssen mutige Frauen sein, die sich darauf einlassen, eine Machtposition einzunehmen und ihre traditionelle Rolle abzulegen. Es ist

jedoch festzustellen, dass diese Frauen zu Vorbildern in ihren Gemeinden werden. In Gemeinden mit einer Bürgermeisterin nimmt generell die politische Beteiligung der Frauen meist zu.“

Nominierte Frauen für die nationale Liste des Kongresses nach Parteizugehörigkeit für die Wahlen vom 7. November 1999		
Partei	Total KandidatInnen	davon Frauen
PAN	22	3
FRG	22	4
UCN	19	3
ARDE	16	0
LOV-DU	12	2
DCG	19	4
ARENA	3	0
FDNG	5	3
MLN	22	5
DIA-URNG	11	0
AD	6	3
PLP	19	1
Total	28	177

Grafik 2

### Die Hindernisse

Expertinnen in Geschlechterfragen sind sich einig, dass eine Sensibilisierung auf verschiedenen Ebenen stattfinden muss: Bei den Parteien und ihren Auswahlverfahren, bei den Bürgermeisterinnen und den Gemeinderatsmitgliedern, bei der Ausbildung lokaler Führungspersonlichkeiten und generell bei der Staatskundeerziehung.

Für Edna Hernández von der *Convergencia Cívico-Político de la Mujer* ist eines der grössten Hindernisse für die politische Beteiligung der Frauen die Tatsache, dass Guatemala traditionellerweise von Parteien regiert wird, die keine demokratischen Strukturen haben. „Es herrscht eine politische und kulturelle Trägheit, die keine Veränderungen zulässt“, erklärt Hernández. Die Schuld, dass die Akzeptanz der KandidatInnen in der Bevölkerung nicht grösser ist, kann jedoch nicht allein den Parteien zugeschoben werden, meinte sie.

Um mehr Wahlsiege von Frauen zu erreichen, müssten KandidatInnen aufgestellt werden, die in ihren Gemeinden bekannt sind und ein gewisses Ansehen geniessen. Dieses Ansehen erlangt eine Frau durch ihr Engagement auf Gemeindeebene im Vorfeld einer Kandidatur. Gibt es nicht die Möglichkeit einer Beteiligung der Frauen in der Zivilgesellschaft, ist es auch schwierig, dass Frauen das Profil und die notwendige Erfahrung sammeln, um eine Wahl zu gewinnen.

Ein weiteres Ziel muss es sein, dass gewählte Frauen ein Geschlechterbe-

wusstsein erlangen. Immer noch ist die ideologisch-politische Zugehörigkeit zu einer Partei stärker als das Geschlechterbewusstsein, erklärt die Kongressabgeordnete Nineth Montenegro. Die Identifizierung mit der Partei ist grösser als die Identifizierung als Frau. Rosa Sánchez, Forscherin bei der Friederich Ebert-Stiftung teilt dieses Kriterium: „Mit Ausnahme von Nineth Montenegro haben die Frauen im Kongress keine Geschlechterperspektive und setzen sich nicht für die Interessen der Frauen ein.“

### Vorschläge

Die interviewten Spezialistinnen haben verschiedene Vorschläge bezüglich der Prioritäten und Strategien, die es zu verfolgen gibt, um die politische Beteiligung der Frauen zu stärken. Einig sind sie sich insofern, dass es die traditionellen Rollen zu durchbrechen gilt. Ein Werkzeug, um dies zu erreichen, sehen sie in der Reform des Wahl- und Parteiengesetzes und dem Vorschlag, eine Quotenregelung einzuführen. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag wurde dem Kongress im September 1998 eingereicht. Vorgesehen ist eine Mindestquote von 30% für Frauen bei allen, durch das Volk gewählten, politischen Ämtern. Ausserdem werden die Parteien aufgerufen, Frauen in höhere Positionen innerhalb der Parteihierarchie zu wählen. Weiter sollen die Parteien interne Ausbildungskommissionen bilden, die bei der Vermittlung der zivilrechtlichen und demokratischen Grundlagen speziell auch die politischen Rechte der Frauen miteinbeziehen.

Nineth Montenegro, die bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs mitgearbeitet hat, argumentiert damit, dass es solche Gesetze bereits in El Salvador, Nicaragua, Costa Rica, Argentinien, Chile und Panamá gibt. Obwohl Mitglieder der *Republikanischen Front Guatemala* (FRG) ursprünglich den Gesetzesentwurf unterstützten, zweifelt Montenegro daran, dass er in der aktuellen politischen Konstellation des Kongresses Chance auf eine Annahme hat.

Im Moment ist die Diskussion über die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes wieder aktuell. Edna Hernández bezeichnet es als evident wichtig, diese Initiative auszunutzen, um die Forderungen der Frauen einzubringen. Für sie ist das Gesetz die beste Verbündete, da es eingehalten werden muss. Parteien, die sich nicht daran halten, könnten entsprechend nicht mehr an den Wahlen teilnehmen. Doch auch für Hernández genügen die Gesetzesreformen allein nicht. „Sowohl Frauen wie Männer

müssen sensibilisiert werden, er reicht nicht, das politische System zu demokratisieren, die Demokratisierung muss bis in die Familien reichen.

Ein weiterer Punkt, in dem die Interviewten übereinstimmen, ist die Notwendigkeit, die Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen zu verbessern. Laut Montenegro ist dies ein langer Weg und ein schmerzhafter Prozess, der noch Generationen dauern wird.

In diesem Zusammenhang stellen mehrere Interviewte die Rolle der internationalen Kooperation in Frage. „Ich bin mir nicht sicher, ob die *Cooperantes* uns wirklich helfen“, zweifelt Montenegro. „Oftmals kommen sie mit Vorstellungen bezüglich Geschlechterfragen, die nichts mit unserer Realität zu tun haben. Bei Gesetzesentwürfen zur Verbesserung der Situation der Frau, muss man sehr vorsichtig sein. Es existiert eine grosse Skepsis der Kongressabgeordneten allem gegenüber, das auch nur im Entferntesten etwas mit Geschlechterfragen zu tun hat. Es ist nicht nur Machismus, es gibt generell viele frauenfeindliche Vorurteile, die wir langsam durchbrechen müssen.“

„Würden wir den Einfluss der internationalen Zusammenarbeit auf die politische Beteiligung der guatemaltekischen Frauen quantitativ messen, kämen wir zu einem negativen Ergebnis“, bestätigt auch Rosa Sánchez. Auf gesetzlicher Ebene wurde unheimlich viel investiert, doch wurde in den letzten Jahren bloss einzig das Gesetz eingeführt, das den Frauen zugute kommt, nämlich dasjenige über innerfamiliäre Gewalt.

Auch Cecilia Mérida stellt in ihrer Untersuchung den Einfluss der internationalen Zusammenarbeit in Frage: „Die Nichtregierungsorganisationen verpassen es, auf eine kreative Art traditionelle Muster zu verändern. Es bräuchte eine ausdauernde und gut fundierte Arbeit. Diejenigen Organisationen, die einen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben, müssen vormachen, dass Frauen Fähigkeiten haben, dass Frauen 'können'. Schon kleine Kinder müssten mit diesem Selbstverständnis aufwachsen.“

Ohne einen geschlechterspezifischen Aspekt in der Erziehung, werden sich die zukünftigen Generationen kaum eine andere als die aktuelle Realität vorstellen können. Haben die Jungen und Mädchen jedoch andere Vorbilder, sehen sie, dass es Präsidentinnen, Vizepräsidentinnen, Bürgermeisterinnen und Ministerinnen gibt, wechseln sich auch ihre Werte und sie werden ein anderes Bild von der Welt bekommen, schliesst Edna Hernández.

## Frauen fordern Quotenregelung

**Guatemala, 29. Aug.** Das bestehende Gefälle in allen Bereichen zwischen Männern und Frauen rechtfertigt laut Luz Méndez, Mitglied der *Instanst für politische Gleichberechtigung*, die Forderung nach einer Quotenregelung für Frauen in politischen Führungspositionen. Die *Instanst* fordert im Rahmen einer Revision des Wahl- und Parteiengesetzes eine 44%-Quote für Frauen in politischen Ämtern. Weiter verlangt sie, dass Parteien, die diese Quote nicht einhalten, sich nicht ins Wahlregister einschreiben dürfen.

Begründet wird die Forderung damit, dass der heutige Präsident des Kongresses, Efraín Ríos Montt, während seiner Regierungszeit 1982 die internationale Konvention "Gegen alle Art von Diskriminierung" unterzeichnet hat. Weiter beruft sich die *Instanst* auf den Artikel 4 der guatemaltekischen Verfassung, wo es heisst "alle Menschen sind gleich und haben die gleichen Rechte, Männer und Frauen haben die gleichen Möglichkeiten und Verpflichtungen".

Doch die Frauen sind nicht die einzigen, die sich für eine Quotenregelung stark machen. Bereits im März hat sich die *Defensoría Maya* für eine Quote für Indígenas (geschlechtsneutral) ausgesprochen. Ihre Forderung ist, dass mindestens 50% der Kongressabgeordneten der indigenen Bevölkerung angehören sollen. Ebenso soll per Gesetz definiert werden, dass in Regionen mit einer Indigenenmehrheit mindestens 50% der

politischen Führungsämter von Indígenas besetzt sein sollen, in Regionen mit einer Ladinomehrheit soll der Anteil Indígenas mindestens 20% betragen.

Über die Frage, ob die Einführung von Quoten (sei dies nun für Frauen oder für Indígenas) das Problem der Diskriminierung löst, kann gestritten werden. Pointiert beschreibt es José Raúl González Merlo, Journalist der Tageszeitung *Prensa Libre*:

"Um glaubwürdig zu erscheinen, müssten die Frauen eine Quote von 51% fordern, machen sie doch 51% der Bevölkerung aus. Ihnen diese zuzugestehen würde jedoch bedeuten, ihnen eine Sonderstellung zukommen zu lassen. Diejenigen Frauen, die heute hohe politische Ämter besetzen, sind aufgrund ihrer Fähigkeit in dieser Position und nicht wegen ihres 'Frauseins'. Was Guatemala braucht, sind nicht einfach 'mehr Frauen' oder 'weniger Männer' sondern ehrliche und fähige Menschen, die uns in der Politik vertreten."

Das momentan gültige Wahl- und

Parteiengesetz datiert aus dem Jahre 1985. Als Folge des Friedensabkommens wurde 1997 ein neuer Gesetzesentwurf ausgearbeitet und dem Kongress vorgelegt. Seine Verabschiedung wurde für dieses Jahr erwartet, da es ein 'wahltechnisch ruhiges' Jahr sein wird, da die nächsten Wahlen erst auf 2003 angesetzt sind. Nun hat aber die Ernennung von Rudio Leccsan Mérida zum Polizeidirektor und sein damit zusammenhängender Austritt aus der kongresseigenen *Kommission für Wahlfragen* zu Verzögerungen geführt und es wird verschiedentlich befürchtet, dass es in diesem Jahr doch zu keiner Verabschiedung des neuen Wahl- und Parteiengesetzes kommen wird.

Seit neuestem hat auch noch das *Zentrum zur Verteidigung der Verfassung* (CEDECON), welches eine ausschlaggebende Rolle spielte bei der Nicht-Annahme der Verfassungsreformen im Mai 1999, gegen verschiedene Punkte des Gesetzesentwurfes protestiert.

## Überfall auf Büro von Famdegua

**Guatemala, 4. Sept.** Die Reihe der Angriffe auf Büros von Menschenrechtsorganisationen oder deren VertreterInnen nimmt kein Ende:

Vier bewaffnete Männer haben das Büro der *Vereinigung Familienangehöriger von Verschwundenen* (FAMDEGUA) überfallen und wichtige Dokumente entwendet. Um sich Einlass zu verschaffen, gaben sie sich als Studenten aus und fragten nach Mitgliedern der im selben Büro arbeitenden Organisation *Kinder für die Identität und Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und Schweigen* (HIJOS). Es befanden sich zur Zeit jedoch nur drei Mitglieder von FAMDEGUA im Büro, die gezwungen wurden, sich auszuziehen und auf den Boden zu legen. Ihnen wurde mit dem Tode gedroht, falls sie um Hilfe rufen würden.

Nach etwa einer Stunde verliessen die Eindringlinge das Büro wieder, wobei sie mehrere Computer und Archivmaterial, das Faxgerät, etwas Geld und ein Fahrzeug der Organisation mitnahmen. Für Aura Elena Farfán ist klar, dass politische Motive hinter dem Überfall stehen. Ein 'gewöhnlicher' Einbrecher würde sich nicht für Archivmaterial interessieren, meinte sie. Der grösste Verlust sei die Adresskartei, die sich auf der Harddisk eines der entwendeten Computer befand.

FAMDEGUA ist eine der älteren

Menschenrechtsorganisationen in Guatemala. Sie spielt eine wichtige Rolle bei den Exhumierungen von Massengräbern und initiierte als eine der ersten Organisationen Prozesse gegen die Verantwortlichen der Massaker. So führt FAMDEGUA z.B. die Anklage im Fall *Dos Erres* und tritt als Nebenklägerin auf bei der Klage, die Rigoberta Menchú in Spanien gegen verschiedene ehemalige hohe Militärs eingereicht hat.

HIJOS ist eine neuere Organisation, die Leute vereint, die noch Kinder waren zur Zeit, als ihre Eltern 'verschwand'. Gemeinsam wollen sie nun das Schicksal ihrer Eltern aufdecken und die jungen Generationen über die in den Jahre der Repression begangenen Verbrechen aufklären.

Die Theorie des politisch motivierten Überfalls wird von allen geteilt ausser von Polizeichef Rudio Leccsan Mérida, der vor der Presse darauf bestand, dass es sich bei dem Überfall um 'gewöhnliche Kriminalität' handle. Die Polizei habe bereits mit der Untersuchung des Falles begonnen, als Beweis dafür zeigte er den anwesenden JournalistInnen ein Phantombild, das aufgrund der Beschreibung von FAMDEGUA vom möglichen Einbrecher gemacht wurde. Man sei auf dem besten Weg, den Fall zu klären, meinte Leccsan Mérida...

### ¡Fijáte!

**Herausgeber:**  
**Verein ¡Fijáte!**  
**2502 Biel**  
**PC: 30-516068-6**  
**Redaktion und Abos:**  
**¡Fijáte!**  
**c/o Barbara Müller**  
**Ankerstrasse 16**  
**8004 Zürich**  
**Tel. 01/ 241 44 43**  
**E-Mail:**  
**barbara-m@bluewin.ch**  
**Jahresabo: 100.- Fr.**  
**Auslandabo: 120.- Fr.**  
**Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehntäglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## MINUGUA berichtet

**Guatemala, 31. Aug.** Bei der Präsentation ihres fünften Berichts über die Umsetzung der Friedensabkommen und des Elften über die Situation der Menschenrechte, äusserten sich Vertreter der *Mission der Vereinten Nationen für Guatemala* (MINUGUA) beunruhigt über den stockenden Verlauf des Umsetzungsprozesses. Schuld an der Stagnation sind laut MINUGUA die ehemalige Regierung Arzú's sowie die aktuelle Regierung Portillos.

Juan Pablo Corlazzoli, der den Bericht über die Umsetzung der Abkommen vorstellte, sieht keine nennenswerten Fortschritte in Bezug auf die Rechte der indigenen Bevölkerung. Rund 60% der Indígenas (7 Millionen Personen) leben laut Corlazzoli immer noch marginalisiert. Auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene habe sich die Situation der indigenen Bevölkerung nicht verbessert, erklärte Corlazzoli.

Dafür lobte er das Finanzabkommen als einer der wichtigsten politischen Erfolge der letzten Jahre, beweise es doch eine politische Philosophie, die auf Vermittlung und Dialog aufbaue. Der Chef der Mission, Gerd Merrem, informierte, bis zum nächsten Treffen der *Konsultativgruppe*, das am 8. und 9. November hätte stattfinden sollen, müssten noch einige Fortschritte bei der Umsetzung der zentralen Abkommen erreicht werden, z.B. die im Finanzabkommen definierten Massnahmen zur Steuereintreibung.

Die *Konsultativgruppe* vereint diejenigen Länder und internationalen Finanzinstitute, die sich an der Umsetzung der Friedensabkommen finanziell

beteiligen. Diese Unterstützung ist aber an verschiedene Bedingungen geknüpft, u.a. eben an eine umfassende Steuerreform, wie sie das Finanzabkommen vorsieht. Konkret wird von der guatemaltekischen Regierung verlangt, dass sie durch ein effektiveres Steuersystem ihren finanziellen Teil zur Umsetzung der Abkommen beiträgt. Beim ersten Treffen der *Konsultativgruppe* mit dem damaligen Präsidenten Alvaro Arzú versprachen die Geberländer eine Unterstützung von 1950 Millionen US-\$ für die Zeit von 1997- 2000. Bis Ende letzten Jahres waren erst 950 Millionen ausbezahlt.

Am 4. September kündigte Finanzminister Manuel Maza im Namen von Präsident Portillo die Verschiebung des Treffens der *Konsultativgruppe* an. Begründet wird die Verzögerung damit, dass sich die im Finanzabkommen geschlossenen Abkommen und Übereinkünfte noch nicht in Form von Gesetzen konkretisiert haben. Es ginge nicht, ein zweites Mal ohne handfeste Ergebnisse vor die *Konsultativgruppe* zu treten. Die Regierung hoffe, dass das Treffen im Februar 2001 stattfinden kann.

Diese Nachricht löste bei den politischen und sozialen Organisationen inner- und ausserhalb des Landes Besorgnis aus. Die Verschiebung des Treffens wird nicht nur als ein bedauerlicher Zwischenfall gewertet, sondern als bezeichnend für die Schwierigkeiten und Hindernisse, mit denen die Regierung Portillo bei der Umsetzung der Friedensabkommen konfrontiert ist.

Im ihrem elften Bericht über die Situation der Menschenrechte in Guate-

mala formulierte MINUGUA ihre Kritik am herrschenden Sicherheitssystem. Merrem anerkennt einerseits die Restrukturierung innerhalb der Armee, äusserte sich jedoch besorgt über die Erhöhung des Militärbudgets.

Die Unterstützung der Polizei durch Spezialeinheiten der Armee sei ein klarer Verstoss gegen die Friedensabkommen, erläuterte Merrem weiter. Laut MINUGUA ist die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) hauptverantwortlich für die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen im Land. In der Zeit zwischen dem 1. Dezember 1999 und dem 30. Juni 2000, seien 4863 Fälle von Menschenrechtsverletzungen bei MINUGUA eingegangen. In viele davon (aussergerichtliche Hinrichtung, Folter und 'soziale Säuberung') sind Angehörige der Polizei involviert.

Auf diese Tatsache angesprochen, erklärte der Polizeidirektor Rudio Leosan Mérida, es stimme, dass nicht immer alle Polizeiangehörigen auf der 'richtigen' Seite des Gesetzes stünden, doch dies seien Einzelfälle und auf keinen Fall Teil der Politik seiner Institution. Im letzten Monat seien 28 Polizisten wegen Vergehen vor Gericht gestellt worden und sie würden auch in Zukunft jeden angezeigten Fall verfolgen und Konsequenzen treffen.

Als eine Konsequenz ernannte er Jorge Manchamé Leiva, Kommissar der ehemaligen - berüchtigten - Nationalpolizei zum Beauftragten für Menschenrechtsfragen innerhalb der PNC. Ebenso kündigte er die Eröffnung einer psychologischen Beratungsstelle für Opfer von polizeilichen Übergriffen an.

## Zwei Jahre FREPOGUA

**Guatemala, 1. Sept.** Die *Vereinigung der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA) hat sich vor zwei Jahren zusammengeschlossen, um gemeinsam für das Recht auf ein Leben in einer würdevollen Behausung zu kämpfen.

William Mazariegos, Koordinator der Organisation, erklärte gegenüber der Presse, dass FREPOGUA trotz Einschüchterungsversuchen und Drohungen in den zwei Jahren ihres Bestehens zu einer national und international anerkannten Organisation angewachsen sei. "FREPOGUA sieht sich als das Sprachrohr tausender guatemaltekischer Familien. Wir haben das Schweigen durchbrochen und konkrete Vorschläge zur Lösung des Wohnproblems eingereicht. Immerhin hat die Regierung auf unseren

Druck hin auf höchster Ebene eine Kommission geschaffen, die sich um unsere Anliegen kümmert", zieht Mazariegos Bilanz.

Ihre grössten Feinde seien die Gleichgültigkeit, der Ausschluss, die Marginalisierung und die soziale Ungerechtigkeit, die im Land herrschten. Die politischen Verantwortlichen würden immer ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen den Bedürfnissen der Bevölkerung voranstellen, erklärte Mazariegos weiter.

Von den gewaltsamen Räumungen, die zum Teil soweit gingen, dass FührerInnen der Organisation ermordet wurden oder ins Exil gehen mussten, seien im Verlauf dieses Jahres bereits 5827 Familien betroffen worden.

Jüngstes Beispiel eines Einschüchterungsversuchs gegen FREPOGUA ist die letzte Woche erfolgte, illegale Verhaftung eines ihrer Führer in Amatitlán. Luis Fernando Sánchez und andere Familien leben in der Gemeinde El Morlón auf einem Stück Land, das sie von der Regierung zugesprochen bekommen hatten. Nun ist plötzlich ein vermeintlicher Besitzer des Landes aufgetaucht, der die Verhaftung Sánchez' veranlasste. Nach der Verlegung Sánchez' in ein Gefängnis in der Hauptstadt besetzten die BewohnerInnen von El Morlón vorübergehend das Gerichtsgebäude in Amatitlán, verlangten die sofortige Freilassung des Verhafteten und die Absetzung der zuständigen Richterin, Dina Ochoa Escobedo.

## Basic Resources und Regierung vor Gericht

**San José, Costa Rica, 1. Sept.** Das *Zentralamerikanische Wassergericht* (Tribunal de Agua, TCA) verlangte von der guatemaltekischen Regierung, die Aktivitäten der Ölfirma *Basic Resources* im Nationalpark *Laguna del Tigre* im Petén zu stoppen. Weiter forderte es von der *Anadarko Petroleum*, der Besitzerin der *Basic*, eine Wiedergutmachung der von ihr angerichteten Schäden.

Das *Zentralamerikanische Wassergericht* ist eine ethische Instanz, die keine juristische Macht besitzt und keine Strafen auferlegen kann. Seine Verurteilung ist moralischer Art und dient der Zivilgesellschaft als Druckmittel, um von ihren Regierungen Gerechtigkeit und den Schutz der natürlichen Ressourcen zu verlangen.

Ende August behandelte das TCA insgesamt elf Fälle gegen zentralamerikanische Regierungen oder Firmen, die wegen Umweltverschmutzung und Res-

ourcenverschwendung vor dieser Instanz angeklagt waren.

Im Fall von Guatemala kam das Gericht zum Schluss, dass die Erdölförderung in der *Laguna del Tigre* ökologische Schäden verursacht, z.B. seismische Störungen, Kahlschlag der Wälder, saurer Regen etc. Das TCA berief sich bei ihrem Urteil auf technische Untersuchungen und Bodenproben, die in der Region gemacht wurden.

Im Urteil hiess es auch, dass die *Basic Resources* als Teil der Wiedergutmachung die Bevölkerung umsiedeln muss, die durch ihre Industrie angezogen wurde und sich in geschützten Naturgebieten niedergelassen hat. Die Regierung wurde der Verletzung ihrer legalen, politischen und ethischen Verpflichtungen gegenüber dem guatemaltekischen Volk bezichtigt, sowie der Verletzung der *Ramsar-Konvention*, die zum Schutz der Feuchtgebiete verabschiedet

wurde.

Die guatemaltekische Regierung und die *Basic Resources* erschienen nicht vor Gericht. Der Bevollmächtigte der Regierung, Carlos García Regas, verlangte eine Verschiebung des Prozesstermins, die *Basic* wünschte, das Urteil schriftlich zugestellt zu bekommen.

Magaly Rey Rosa, Vertreterin der Umweltorganisation *Madreselva*, welche den Fall vor das Wassergericht brachte, zeigte sich erfreut über den Ausgang des Prozesses. "Der guatemaltekische Staat hat eine Verurteilung verdient, für seine Unfähigkeit, die Umweltzerstörung im Nationalpark *Laguna del Tigre* zu verhindern, erklärte sie.

Der Umweltschützer und ehemalige Koordinator des *Nationalen Umwelt-rates*, Jorge Cabrera, drohte mit einer internationalen Kampagne, falls die Regierung nicht entsprechende Massnahmen ergreift.

## Kleine und mittlere Unternehmen verbuchen Verluste

**Guatemala, 29. Aug.** Die *Vereinigung der kleinen und mittleren Unternehmen* (FEPYME), informierte, dass der Verkauf in ihrem Sektor um 66% zurückgegangen sei. 30% der Unternehmen musste Personal entlassen, 400 Firmen haben im Laufe dieses Jahres den Betrieb eingestellt und insgesamt 250'000 ArbeiterInnen entlassen. Dies als Konsequenz der wirtschaftlichen Situation. Laut Julio Reyes, Direktor der Vereinigung, ist die effektive Anzahl betroffener Unternehmer und ArbeiterInnen weitaus grösser. Er rechnet damit, dass es in Guatemala insgesamt 65'000 Unternehmen gibt, die dem Sektor 'kleine und mittlere Unternehmen' angehören, jedoch nicht FEPYME anschlossen sind.

Dass es gerade diesen Sektor trifft, scheint symptomatisch zu sein für die

Finanzpolitik, die makroökonomische Stabilität auf Kosten der flüssigen Mittel der Banken betreibt. Dies hat zur Folge, dass die Zinsen für Bankkredite extrem hoch sind, wobei gerade kleine und mittlere Unternehmen oftmals auf solche Kredite angewiesen wären.

Laut Reyes müssen mit dem Finanzabkommen klare Zeichen gesetzt werden, die das Vertrauen in die guatemaltekische Wirtschaft wieder stärken. Noch dringender ist für ihn eine Zins- und Steuererleichterung für seinen Sektor.

Dieser Realität gegenüber verschliessen sich die Herren Vizepräsident, Finanzminister und Präsident der Finanzkommission gänzlich. Während auf der einen Seite ArbeiterInnen entlassen werden, spricht Vizepräsident Juan Francisco Reyes López davon, dass im Falle

einer Erhöhung der Mehrwertsteuer, wie sie das Finanzabkommen vorsieht, auch die Gehälter der ArbeitnehmerInnen um mindestens 6%, besser noch um 15%, erhöht werden sollen.

Während auf der einen Seite massenhaft kleine und mittlere Unternehmen geschlossen werden, streitet Finanzminister Eduardo Weymann ab, dass das Land in einer Finanzkrise steckt.

Und während auf der einen Seite die Banken nicht flüssig sind, um den Unternehmen Kredite zu gewähren, besteht der Präsident der Finanzkommission, Lizardo Sosa, darauf, die Verluste der Nationalbank nicht 'Verluste', sondern 'Finanzgeschäfte' zu nennen.

"Wo leben die drei Herren?" fragte sich da zu Recht ein Kolumnist der Tageszeitung *Siglo XXI*.

## Budget 2001 liegt vor

**Guatemala, 7. Sept.** Termingerech legte Finanzminister Manuel Maza am 2. September das Budget fürs Jahr 2001 vor, bis Ende November muss es vom Kongress verabschiedet werden.

Insgesamt beantragt Maza rund 25 Milliarden Quetzales für den Staatshaushalt (ca. 3,5 Milliarden US-\$), wovon die Gehälter der Staatsangestellten etwa ein Drittel ausmachen. Vizepräsident Juan Francisco Reyes López betonte, dass eine Erhöhung der Ausgaben im sozialen Sektor vorgesehen ist. So erhalte das Erziehungsministerium eine Budgeterhö-

hung von 2 Milliarden Quetzales, insgesamt dreimal mehr als das Verteidigungsministerium. Ebenso würden die Budgets des Erziehungsministeriums und des Verkehrs- und Kommunikationsministeriums erhöht.

Einzige Unbekannte in der vorgelegten Rechnung sind die Einnahmen, die der Staat aus Steuern und Abgaben beziehen wird. Diese hängen davon ab, was bei der Diskussion um das Finanzabkommen entschieden wird. Das Budget werde dann entsprechend angepasst, erklärte Maza.

Wenige Tage später bewilligte die FRG-Mehrheit im Kongress einen Budgetnachtrag fürs laufende Jahr. Offensichtlich gilt die Devise, die Sozialausgaben zu erhöhen, erst für nächstes Jahr: Die bewilligten Zusatzausgaben fürs Jahr 2000 begünstigen in erster Linie das Finanzministerium, das Aussenministerium und das Verteidigungsministerium. Das Erziehungsministerium erhält diesmal siebenmal weniger als das Verteidigungsministerium, das Gesundheitsministerium figuriert nicht auf der Liste...

## Mutiger Gerichtsentscheid

**Guatemala, 8. Sept.** Der Gerichtsentscheid im Mordfall des Unternehmers Edgar Ordóñez Porta hat ein neues Kapitel der guatemaltekischen Rechtssprechung eröffnet. Zum ersten Mal wurden unschuldige Angeklagte freigesprochen, die anstelle der für den Mord verantwortlichen Militärs verurteilt werden sollten.

Ordóñez Porta war Mitbesitzer der Ölraffinerie *Orpor* in Puerto San José Escuintla. Am 3. Mai 1999 wurde er entführt, kurz davor wurde telefonisch ein Lösegeld von 5 Millionen Quetzales gefordert. Die Entführer meldeten sich jedoch nicht mehr. Drei Tage später wurde Ordóñez Porta ermordet aufgefunden. Sein Körper wies Folterspuren auf.

Auf der Suche nach Unterstützung, um seinen Bruder zu befreien, sprach Hugo Ordóñez Porta beim Berater des damaligen Präsidenten Arzú, Luis Mendizábal vor, der eine Spezialeinheit zur Bekämpfung von Entführungen leitete. Mendizábal veranlasste ein Treffen mit dem damaligen Chef des *Obersten Militärstabs*, General Marco Tulio Espinosa, der sofort die Hilfe des Geheimdienstes anbot, um den entführten Bruder zu befreien. Espinosa betonte gleichzeitig, dass die Einmischung des Geheimdienstes illegal sei, begründete sie jedoch mit der kritischen Situation, die das Land in Sachen Sicherheit durchlaufe.

Während die vermeintlichen Untersuchungen des Geheimdienstes liefen, wurde der ermordete Edgar Ordóñez Porta aufgefunden. Sofort wurde sein Bruder Hugo nochmals zu einem Treffen eingeladen, bei dem ihm versichert wurde, der Geheimdienst werde alles daran setzen, damit sofort eine Untersuchung des Falles eingeleitet werde.

## Teatro Vivo in Guatemala

**Guatemala, 1. Sept.** Nach über zwanzigjährigem Exil in Frankreich können Carmen Samayona und Edgar Flores, hierzulande bekannt als *Teatro Vivo*, zum ersten Mal wieder in Guatemala auftreten. In Quetzaltenango und Antigua werden sie ihr wohl eindrücklichstes Stück, "Ixok", aufführen. Ixok handelt von einer Indígenafrau, die auf der Flucht vor dem Militär in den Urwald flieht, wo sie einen sicheren Ort für sich und ihr Kind sucht. Mit der Aufführung genau dieses Stückes sucht *Teatro Vivo* die Auseinandersetzung mit dem guatemaltekischen Publikum über die Vergangenheit.

Anfänglich vertraute die Familie des Ermordeten den Versprechungen des Geheimdienstes, bis sie feststellen musste, dass die Mannschaft Espinosa die Untersuchung behindern, bzw. auf eine falsche Spur lenken wollte: Ein gerichtsmedizinischer Bericht wurde gefälscht, Zeugen dazu gebracht, ihre Aussagen zu widerrufen, wichtige Informationen gingen verloren. Bald stellte sich auch heraus, dass die Staatsanwaltschaft, die den Fall untersuchte, gänzlich vom Geheimdienst kontrolliert und manipuliert wurde. Die Hoffnung auf eine Aufklärung des Falles schwanden.

Nun hat aber das Gericht in Escuintla, das über den Fall zu entscheiden hatte, die beiden Angeklagten, Lázaro Obispo Solórzano und Henry Orlando Hernández Motepeque wegen mangelnder Beweise freigesprochen und

eine Untersuchung gegen neun Militärs (darunter Marco Tulio Espinosa) eingeleitet.

Die Begründung des Gerichts, dem zwei Frauen und ein Mann angehören, lautete: "Die Staatsanwaltschaft hat ihre Arbeit nicht befriedigend ausgeführt, sondern zugelassen, dass sich Drittpersonen in die Untersuchung und Beweisführung eingemischt haben."

Als einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung der Straffreiheit wird dieser Gerichtsentscheid von Menschenrechtsorganisationen gewertet. 18 Organisationen forderten von Generalstaatsanwalt Adolfo González Rodas eine Untersuchung gegen diese 'Parallelstrukturen' und von Präsident Portillo die sofortige Säuberung der Armee und die Auflösung illegaler Geheimdienststrukturen.

## Abholzungsverbot: Umweltschützerische Massnahme oder politischer Schachzug?

**Guatemala, 9. Sept.** Mit einem Gesetzesentwurf über ein Abholzungsverbot will die Regierung die unverhältnismässige und irrationale Ausbeutung der Wälder bremsen. Verboten sein soll, vorläufig während einem halben Jahr, sämtlicher Holzschlag, sei dies zu industriellen oder privaten Zwecken, die Nutzung aller anderer Ressourcen der Wälder (Fauna und Flora), sowie das Roden von Wäldern für landwirtschaftliche Zwecke. Ein Verstoß gegen dieses Gesetz würde eine Busse von 10'000 Quetzales (ca. 1400 US-\$) oder Gefängnis nach sich ziehen.

Verschiedene Sektoren haben sich gegen die Annahme eines solchen Gesetzes ausgesprochen und hinterfragen die Gründe, die hinter dem Vorschlag stecken. Der Forstwirtschaftssektor glaubt, dass es sich dabei um eine rein politische Massnahme handelt, die nichts mit Umweltschutz zu tun hat.

Dies beweise auch der Versuch, das nationale Forstwirtschaftsinstitut umzustrukturieren und dessen Führung ausschliesslich mit RegierungsvertreterInnen zu besetzen. Damit soll die im Moment noch vertretene Zivilgesellschaft aus dieser Instanz ausgeschlossen werden.

Oswaldo Morales, Direktor der Forstwirtschaftskammer, bezeichnet als negativen Effekt eines solchen Holzschlagverbots die Tatsache, dass jährlich für rund 200 Millionen US-\$ Holz importiert werden müsste, um den guatemaltekischen (Brenn-) Holzmarkt ab-

zudecken. Eine andere Möglichkeit wäre, in eine Alternativenergie zu investieren, um den Brennholzverbrauch zu reduzieren. Rund 90% aller ländlichen Haushalte kochen mit Feuer.

Olga Camey de Noack, Mitglied der kongresseigenen Umweltkommission, kritisiert den Gesetzesentwurf mit der Begründung, dass davon ca. 150'000 Personen betroffen wären, die vom Holzhandel leben. Ebenso befürchtet sie eine Beeinträchtigung der Wiederaufforstungsprogramme, die zum grossen Teil aus Abgaben der Holzhändler finanziert werden.

Für Mauro Efraín Salazar von der Umweltorganisation *Centro Maya* ist das Problem der Abholzung direkt mit der sozialen Ungerechtigkeit, dem Mangel an alternativen Verdienstmöglichkeiten und mit der fehlenden Umwelterziehung verknüpft. Seiner Meinung nach müsste eine solche Massnahme unterstützt sein von Programmen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region, der Förderung agroindustrieller Kleinunternehmen, begleitet von einer technischen und finanziellen Beratung.

ExpertInnen in Sachen Forstwirtschaft sind sich einig, dass es keine akzeptable Begründung für ein Abholzungsverbot gibt. Erfahrungen in anderen Ländern hätten gezeigt, dass damit der illegale Holzschlag- und handel und die provozierten Waldbrände zunehmen. Diese Entwicklung sei in Guatemala bei der blossen Diskussion eines solchen Gesetzes bereits spürbar.